

Rottweil

Gefängnis-Leid den Grünen geklagt

Von Schwarzwälder-Bote, aktualisiert am 27.01.2011 um 13:45



Der Kampf der Bürgerinitiative richte sich gegen die Landschaftszersiedelung, die Flächenversiegelung und eine daraus resultierende Verschärfung der Hochwassersituation im Einzugsbereich des Schwarzenbachs. Foto: Haier

Rottweil - Mit der Einladung ins Bitzwäldle endete ein gut einstündiges Gespräch von Vertretern der Bürgerinitiative gegen Großgefängnis in Rottweil (BI) mit dem Fraktionschef der Grünen im Landtag, Winfried Kretschmann.

Zwei seiner Fraktionskollegen, Ilka Neuenhaus und Bernd Murschel, die bei dem Gespräch ebenfalls dabei waren, kennen den Wald bereits von einem Besuch im vergangenen Jahr.

Laut einer Pressemitteilung der BI legten die Vertreter der Initiative Kretschmann ihre Argumente gegen den geplanten Gefängnisneubau im Bitzwäldle dar. Sie betonten, dass sie keine Gefängnis-, sondern Standortgegner seien. Ihr Kampf richte sich gegen die Landschaftszersiedelung, die Flächenversiegelung und eine daraus resultierende Verschärfung der Hochwassersituation im Einzugsbereich des Schwarzenbachs.

Zerstörung wertvoller Flora und Fauna

Zudem befürchteten sie die Zerstörung wertvoller Flora und Fauna in unmittelbarer Nachbarschaft des Naturschutzgebietes - ohne dass es eine Suche nach Alternativen auf Industrie- oder Militärbrachen gegeben habe.

Die Fahrt der Delegation in den Landtag galt aber nicht nur dem Gespräch mit Kretschmann. "Mehr Demokratie wagen - Bürgerbeteiligung bei Großprojekten" war die Veranstaltung der Grünen überschrieben. Und der Besuch habe sich gelohnt, zieht die BI Bilanz. Ueli Stückelberger, Abteilungschef Politik des Bundesamts für Verkehr aus Bern, begeisterte

demnach die Zuhörer mit seinem Bericht über die Mitsprachemöglichkeiten der Schweizer Bürger.

Unter der Überschrift "Demokratie durch Dialog" schilderte Henning von Banthien, Geschäftsführer der IFOK GmbH Berlin (Gesellschaft für Kommunikationsberatung), Methoden und Fallbeispiele gelungener Bürgerbeteiligung. Angesprochen durch eine BI-Vertreterin, was davon zu halten sei, wenn Bürger erst nach einem gefassten Grundsatzbeschluss des Gemeinderats an den runden Tisch geladen würden, meinte er, dass dann die Motive des Einladenden kritisch zu prüfen seien und es sich seiner Meinung nach eher um einen unehrlichen Dialog handle.

Rechtsanwalt Hartmut Gaßner sprach als dritter Referent über "Transparenz in Planungsprozessen - Bewältigung von Planungskonflikten". Er skizzierte den zeitlichen und inhaltlichen Prozess vom Entschluss bis zum Abschluss von Projekten und benannte zahlreiche Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung.